



Grünliberale Partei Schweiz

Religionsfreiheit wahren – den Volkswillen respektieren

Thema	Grünliberale distanzieren sich von Populismus aller Schattierungen
Für Rückfragen	Tiana Moser, Tel. 076 388 66 81, Martin Bäumle, Tel. 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	8. Dezember 2009

Die Grünliberalen bedauern die Annahme des Minarettverbots und sind erstaunt über das deutliche Resultat. Die Grünliberalen fordern nun aber alle Parteien dazu auf, den Entscheid des Volkes zu respektieren. Die Drohungen einer nachträglichen Ungültigkeitserklärung oder eines Gangs nach Strassburg zeugen von schlechtem Verlierergeist und fragwürdigem Demokratieverständnis. Ideen für eine Initiative zur Rückgängigmachung des Minarettverbots sind abzulehnen.

Die Grünliberalen distanzieren sich in aller Form von der Forderung von CVP-Präsident Darbellay, dass Juden und Muslime keine eigenen Friedhöfe mehr haben sollen. Für die Grünliberalen ist auch der Vorschlag der EVP, das Christentum als Leitreligion in der Verfassung zu verankern, kein Thema. Staat und Religion sollen so weit wie möglich getrennt bleiben.

„Jeder Glauben – und auch das Nicht-Glauben – soll so frei wie möglich ausgeübt werden können, so lange die Rechtsordnung der Schweiz beachtet wird und niemand in Mitleidenschaft gezogen wird“, sagt Tiana Moser, Nationalrätin der Grünliberalen.

Die Grünliberalen sehen nun zwei konkrete Handlungsaufträge für die Politik: Erstens ist klarzustellen, dass das Volk formell zu einer baurechtlichen Frage einen Entscheid gefällt hat, die Religionsfreiheit aber unangetastet bleibt. Der Entscheid des Volkes ist in diesem Sinne als baurechtliche Einschränkung ohne wenn und aber umzusetzen. Die Religionsfreiheit muss dabei jedoch gewährleistet bleiben. Diese darf aber auch nicht von der Zulässigkeit eines Minarettbaus abhängen.

Zweitens sind die Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Nach der offensichtlichen Fehleinschätzung aller Parteien und Prognostiker hat das Volk der Classe Politique einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. Es ist in der Verantwortung der Politik, im Dialog mit der Bevölkerung der Ursache dieser Ängste auf den Grund zu gehen und gezielt Antworten zu entwickeln. Es müssen Antworten gefunden werden, welche auch Grenzen in der Ausübung der Religionsfreiheit aufzeigen sollen (wie zum Beispiel die verfehlte Dispensation beim Schwimmunterricht aus religiösen Gründen oder der Verzicht auf religiöse Insignien in Klassenzimmern oder bei Amtspersonen). Die Schweizer Rechtsordnung muss im Verständnis für die verschiedenen Kulturen funktionieren, wobei Toleranz und Respekt – auch gegenüber schweizerischen Traditionen – hoch zu halten sind.

Wichtig scheint den Grünliberalen, jetzt Mass zu halten und nicht in eine populistische Religions-Debatte oder eine Anti-Islam Debatte zu verfallen. Jeder Glauben (und auch das Nicht-Glauben) soll so frei wie möglich ausgeübt werden können, so lange die Rechtsordnung der Schweiz beachtet wird und niemand in Mitleidenschaft gezogen wird. Dazu gilt es jetzt, den Dialog mit den gemässigten und gut integrierten Muslimen zu fördern und zu vertiefen. Das Ziel muss eine gute Integration aller Religionsgruppen sein und nicht eine Verdrängung oder Stigmatisierung.

Als wirtschaftlich international verflochtenes Land mit humanitärer Tradition hat die Schweiz im Ausland Erklärungsbedarf. Deshalb ist eine geschickte Kommunikation des Bundesrates nötig, welche einerseits selbstbewusst die Spielregeln unserer direkten Demokratie erklärt und andererseits klarstellt, dass die Religionsfreiheit auch mit dem Volksentscheid gewahrt bleibt.

In diesem Sinne rufen die Grünliberalen zur Besonnenheit auf und erwarten vom Bundesrat eine saubere Analyse der Abstimmung und klare Vorschläge zur Verminderung der offenbar vorhandenen Ängste. Die Grünliberalen warnen vor weiteren medialen und politischen Attacken auf die Religionsfreiheit oder weiteren Vorschlägen, die zur Stimmungsmache und zur Radikalisierung der Bevölkerung beitragen.